

# Diskussion zu Chancen & Risiken: Geld für freiwilliges Engagement

Christa Perabo, Moderatorin: Zusammenfassung der Diskussion

**Philipp Stemmer** (ZZE) benennt Aspekte des **Nutzens von Geld** für BE:

Abgesehen davon, dass es zwar eine wachsende Rolle spiele, gebe es nur für 14% der Engagierten Geldzahlungen (Freiwilligensurvey). Den unterschiedlichen Bereichen, in denen Geld gezahlt werde, entsprächen auch unterschiedliche Zwecke. Bei öffentlichen Ehrenämtern mit ihren traditionellen Aufwandsentschädigungen (bereits von Stein/Hardenberg für die kommunale Selbstverwaltung vorgesehen), gebe es keine Infragestellung. Beim Taschengeld im Zusammenhang mit Freiwilligendiensten gebe es, vor allem bei den JFWD, keine Probleme, weil sie zum Konzept des Selbstständigwerdens gehörten. Nur bei Zahlungen im Zusammenhang mit der sogen. Übungsleiterpauschale, die in jüngerer Zeit auch deutlich zugenommen hätten, werde vermehrt Kritik geäußert.

Geld komme dem Interesse der **Engagierten** entgegen, weil sie darin eine starke Form der Anerkennung sehen, es sich um eine symbolische Aufwertung (es kommt in die Nähe der Erwerbsarbeit) handele und sie damit einen (z.T. notwendigen) Zuverdienst erhalten.

Für die **Organisationen** seien die Geldzahlungen an Engagierte eine Möglichkeit, (kosten-) günstige Leistungen zu erhalten, die Tätigkeiten besser planbar zu machen und von anderen Formen der Anerkennung entlastet zu sein.

Für die **Empfänger von Engagement** führe die Bezahlung zu Leistungen, die sie andernfalls vielleicht nicht erhalten würden, und durch die sie auch entlastet werden könnten, eine Gegenleistung erbringen zu müssen.

Für die **Gesellschaft** habe das bezahlte Engagement den Vorteil, dass Leistungen mit weniger Mitteln zu organisieren seien. Sie sei auf diese Grauzone angewiesen.

Ein Problem für das Engagement seien Geldzahlungen solange nicht, als dem Eigensinn Spielraum gegeben werde und die betroffenen Personen existentiell nicht davon abhängig seien.

Die **Risiken von Geld** für Engagement stellt **Gunnar Wörpel** (AWO, Bundesverband) am Beispiel der AWO dar:

Geld bei/für Engagement finde bei den Verbänden auf vielen Ebenen statt, z.B. bei der Vorstandsarbeit, Helfern in Diensten, Jugendwerk, Selbsthilfegruppen, Freiwilligendienste. Es nehme zu und führe zu wachsenden Kontroversen, weil für die Verbandsarbeit aus der Monetarisierung eine Reihe von Risiken erwachsen:

- es gebe keine klare Positionierung mehr für uneigennütziges Engagement,
- es entstünden in wachsendem Umfang Gerechtigkeitsfragen, wo Geld gezahlt werden solle und wo nicht,
- die Geldzahlungen würden zu klaren Dienstleistungsverhältnissen führen,

- die (Wohlfahrst-) Verbände würden sich vermehrt nicht mehr durch ihr ‚Werte‘ unterscheiden, ihre Konkurrenz um Engagierte würde über Geld ausgetragen,
- sie hätten einen bedeutsamen Anteil am wachsenden Ungleichgewicht zwischen bezahltem und nicht bezahltem Engagement
- sie würden den Schattenarbeitsmarkt stärken und befördern, nicht zuletzt auch dadurch, wenn Geld zur einzigen Anerkennungsform für Engagement werde.

Zwar seien die jüngst sichtbar gewordenen Kombinationen von Minijob und Übungsleiterpauschale legal, betrachte man die Tradition der Verbände, könnte man jedoch nicht von ‚legitim‘ sprechen. Zudem handele es sich bei der Übungsleiterpauschale nicht um Freiwilligenengagement, sondern um Nebentätigkeit, wie dies ja auch im Gesetz benannt werde. Ein Problem für eine notwendige Auseinandersetzung über diese Entwicklung sei vor allem die mangelnde Transparenz bei der Bezahlung von Engagement. Transparenz sei aber alternativlos, wenn es darum gehe zu verhindern, dass durch die Monetarisierung eine Funktionalisierung durch die Verbände geschehe, die das kreative und selbstlose Potential von Engagierten gefährde.

Die Diskussion über die Bedeutung von Geld bei den FWA führt zu folgenden Empfehlungen:

- überall sollte in internen Diskussionen die Rolle des Geldes geklärt werden;
- es sollten keine Tätigkeiten vermittelt werden, die bei einem Träger bezahlt, beim anderen unbezahlt stattfinden;
- wo Geldzahlungen fließen, sollte transparent gemacht werden wie viel und wofür;
- mit den Freiwilligen und den Einsatzstellen solle kommuniziert werden, dass Geld die Freiheiten des BE nicht einschränken dürfe;
- man solle offen damit umgehen, dass unbezahltes Engagement nicht grundsätzlich einen höheren Wert habe als eine bezahlte Tätigkeit, dass ihre Funktion aber eine andere ist;
- die Grauzone zwischen Engagement und Erwerbsarbeit werde sicher nicht verschwinden, sie solle aber beim Namen genannt werden, bzw. einen eigenen Namen haben.